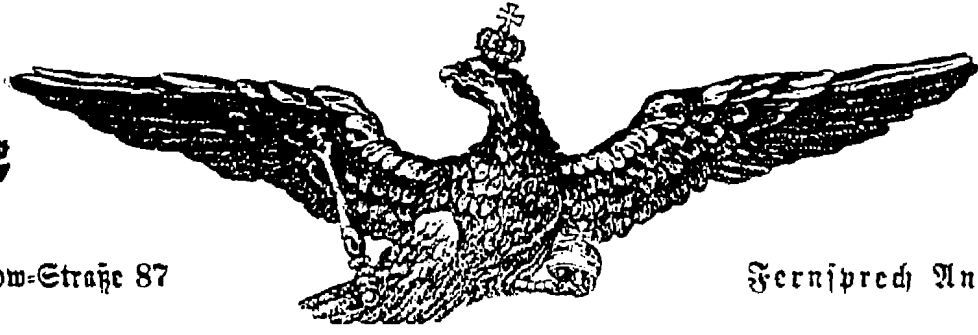


Ercheint
Dienstag, Donnerstag und Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 M. 25 Pf. excl. Bestellgebühr,
frei in's Haus 1 M. 50 Pf.
Abonnementis werden von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Teltower

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Lühow Straße 87,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
der einfachen Petitzeile er deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition: Berlin W., Lühow-Straße 87

Fernsprech Anichluß Amt VI., Nr. 1..

Nr. 63

Berlin, Sonnabend, den 27 Mai 1893.

37 Jahrg.

Redaktion und Expedition befinden sich jetzt Berlin W. Lühowstraße 87 1. Haus von der Potsdamerstraße, gegenüber dem Elisabeth-Krankenhaus

Monats-Abonnement

auf das „Teltower Kreisblatt“ zum Preise von 50 Pf. (exklusive Postgeld) werden von den Kaiserlichen Postanstalten den Briefträgern und unseren Exeditoren entgegengenommen.

Die Expedition.

Amthliches.

Berlin, den 25. Mai 1893.

Mit Rücksicht auf die in Saalom ausgebrochene Masern-Epidemie wird für den Umfang des Gemeindebezirks Saalom auf Grund des § 59 des Regulative für das bei ansteckenden Krankheiten zu beobachtende Verfahren vom 28. August 1835 (Ges.-Samm. de 1835 S. 240) die allgemeine Anzeigepflicht nach Maßgabe des § 9 des erwähnten Regulative hiermit meinerseits unter Androhung der gesetzlichen Strafen angeordnet.

Es besteht diese Anzeigepflicht, wie ich noch besonders bemerke, darin, daß alle Familienhäupter, Haus- und Gastwirthe, sowie Medizinalpersonen schuldig sind, von den in ihrer Familie, ihrem Hause und ihrer Praxis vorkommenden Fällen der Masern-Krankheit der Polizeibehörde ungesäumt schriftlich oder mündlich Anzeige zu machen.
Der königliche Landrath des Kreises Teltow.
Stubenrauch.

Berlin, den 25. Mai 1893.

Die Kreis-Communal- und Kreis-Spar-Kasse bleibt an den beiden letzten Werktagen jedes Monats des Monats-Abchlusses wegen geschlossen.

des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 23. Mai 1893.

Die Herren Steuer-Erheber und Versicherungs-Kommissare eruchen wir, den Antrag für den Monat Mai spätestens bis zum 4. Juni einzusenden.

Auch für den Monat Juni ist ein Versicherungsbeitrag von 40 Pfennigen für jedes Schwein zu erheben.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß nach § 16 des Versicherungs-Reglements in den Monaten Juni, Juli, August und September Versicherungsbücher nicht ausgegeben werden.

Ramens

des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow.
Stubenrauch, Landrath.

Berlin, den 23. Mai 1893.

Auf der Postagentur zu Klein Glienicke ist eine telegraphische Unfallmeldestelle eingerichtet worden.

Der Landrath.

J. B. Keller, Kreis-Deputirter.

Berlin, den 25. Mai 1893.

Der Gemeinde Kassen Rendant Venke zu Adlershof ist zum Vertrauensmann des „Teltower Kreisvereins“ ernannt worden.
Der Vorstand des Teltower Kreis-Vereins.
Basewaldt.

Personal-Chronik.

Der pensionirte Kanakbediener Friedrich Kinder ist zum Feldhüter der Gemeinde Martendorf gewählt und als solcher beschäftigt worden.

Nichtamtliches.

* Der preussische Finanzminister

hat sich in Frankfurt am Main, wo er augenblicklich weilte, einigen Bürgern der Stadt gegenüber, die sich mit einer entsprechenden Bitte an ihn gewandt hatten, über die Militärvorlage in längerer Darlegung ausgesprochen. Den Mittheilungen des Frankfurter General-Anzeigers der die Anschauungen des Herrn Dr. Riquel in ausführlicher Form wiedergibt, entnehmen wir Nachstehendes:

„Der Herr Finanzminister betonte zuvörderst, daß in einer Frage der Sicherheit und der Unabhängigkeit des Deutschen Reiches die finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, wenn sie auch von großer Bedeutung seien, doch keineswegs allein ins Gewicht fallen dürften. Es sei gewiß richtig, daß in den letzten Jahren die Erwerbsverhältnisse der Landwirtschaft der Industrie und des Handwerks keine günstigen gewesen; auch sonst sei manche Verstimung vorhanden. Die Veruhigung, welche aus dem Glauben an unsere Ueberlegenheit und unsere Machtstellung geschöpft worden, sei einem gewissen Gefühl der

Zorge und der Unsicherheit gewichen. Die gewaltigen Anrangungen, welche Frankreich und Rußland für ihre militärische Rüstung machten, hätten das Gleichgewicht verschoben und vielfach frage man sich, ob wir im Falle eines Krieges unsere Unabhängigkeit mit sicherem Erfolge behaupten könnten. Wer diese Lage klar erkenne, werde gewiß für eine Militärvorlage eintreten, welche durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit die militärischen Kosten gleichmäßig verteile und erleichtere. Die Zahl der ausgebildeten Soldaten vermehre, die älteren Jahrgänge schone und in zweite Linie stelle und geeignet sei, den Vorrang einigermaßen wieder auszugleichen, den die Franzosen und Russen über uns gewonnen haben. Es sei nicht richtig, daß eine Mehrausgabe von etwa fünfzig bis sechzig Millionen die wirtschaftlichen Kräfte der deutschen Nation übersteige. Wenn beispielsweise an direkten und indirekten Steuern Frankreich rund 51 M. und außerdem aus Monopolen 7 M., Großbritannien 45 M., Italien 25 M. und 5 M. aus dem Ertrage der Monopole, die Niederlande 37 M., Oesterreich 22 M. und außerdem aus dem Ertrage der Monopole 5 M., ja Spanien 26 M. aufzubringen im Stande seien, wie sollte da Preußen nicht außer den von ihm jetzt insgesammt getragenen Reichs- und Staatssteuern in Höhe von 21,71 M. pro Kopf noch für die neue Militärlast etwa 1,20 M. übernehmen können. In ähnlicher Lage wie Preußen befänden sich die übrigen deutschen Staaten. So wünschenswerth es wäre, für sonstige Kulturaufgaben noch mehr thun zu können, so könne man doch nicht von einer Vernachlässigung derselben zu Gunsten der Armee sprechen, während ganz abgesehen von den gemaltinen Leistungen der Gemeinden die

guten Leistungen der Gemeinden für die Justiz für Landmelliorationen aller Art, für sozialpolitische und Wohlthätigkeitszwecke u. s. w. in den letzten zehn Jahren in höherem Maße gestiegen sind als die Ausgaben für das Heer. Jedermann wünche und sehe gewiß die Möglichkeit der Verminderung der Militärlasten herbei, wer sei aber unvernünftig genug sie in der heutigen Lage für ausführbar zu halten? Im Reichstage wurde gefragt: Was sagen die Finanzminister dazu? Ich kenne keine deutschen Finanzminister, welche in der Bewilligung einmal unerlässlicher Ausgaben für die Sicherung unserer Grenzen und unserer nationalen Wehrhaftigkeit eine Veräußerung des Volkvermögens erblickten.

Gewiß ist die Aufgabe jeder verständigen Finanzverwaltung, die Steuerkraft des Volkes nach Möglichkeit zu schonen, aber die Bewilligung wirklich notwendiger Ausgaben für die dauernde Sicherung der nationalen Existenz gegen alle Bedrohungen ist gerade Vorbedingung der nur auf dieser Grundlage möglichen Entwicklung der Volkswohlfahrt. Sparsamkeit am unrechten Ort kann verderbliche Verschwendung werden. Wenn das deutsche Volk entschlossen ist, zu erhalten, was auf blutigen Schlachtfeldern unter großer Führung erkämpft wurde, so muß es auch dafür die erforderlichen finanziellen Opfer bringen.

Ich meiner festen Ueberzeugung gehen diese Opfer nicht über unsere Kräfte. Menschen und Mittel stehen uns zur Verfügung, wenn wir sie nur benutzen wollen.“

Gambetta soll einst gesagt haben, Frankreich werde Deutschland todtrüben, das heißt materiell ruinieren. Darüber konnte man nur lächeln; viel schlimmer und trauriger aber wäre, wenn Frankreich uns moralisch überwände — an Thatsache, Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit, während wir nach kurzem, gewaltigem Anlauf den Athem verlor, die Flinte in's Korn wüfren und mit der Schlafmütze über den Ohren uns kläglich wieder in das von Anderen über uns verhängte Schicksal ergäben. — So sehr wir Freundschaft mit allen Völkern und insbesondere auch mit Frankreich wünsch, könne man sich doch leider nicht verhehlen, daß der Friede in demselben Maße mehr gefährdet sei, in welchem Frankreich den Sieg für sicherer oder wahrscheinlicher halte; dies sollten namentlich die Grenzländer wohl bedenken. Der Minister meinte, daß unter solchen Verhältnissen, wenn Alles ruhig erwogen würde, was auf dem Spiele stehe, für den Mann des Friedens und den Freund einer ruhigen, inneren Entwicklung, des sicheren Ganges der Geschäfte, der dauernden Veruhigung der Gemüther kein Zweifel sein könne, auf welcher Seite er sich zu stellen, was er selbst zu thun habe, und wie er auf seine Mitbürger zu wirken bestrebt sein müsse.

Für ein friedliebendes Volk, welches sicher ist, daß auch die verstärkte Armee nur ein verstärktes Volkwerk des Friedens und eine neue Gewähr des

Sieges im Verteidigungskriege, niemals eine Versuchung zu kriegerischen Abenteuern in der Hand des Kaisers sein wird, könne die Wahl nicht schwer sein.

Herr Dr. Riquel gehört ohne Frage zu den ersten Autoritäten auf dem Gebiete der Staatsfinanzen. Seine ganze Bergangenheit bürgt außerdem dafür, daß er seine Ansichten aus dem praktischen Leben schöpft und sein Urtheil auf Thatsachen gründet. Deshalb dürfte seine Meinung über die wirtschaftliche Seite der Militärvorlage von maßgebender Bedeutung sein.

Rundschau.

* Der Kaiser erfreut sich während seines gegenwärtigen Aufenthaltes in Procelewitz des besten Wohlbefindens, erbleibt dort in gewohnter Weise die laufenden Regierungsangelegenheiten und nimmt täglich Vorträge entgegen.

— Der König von Württemberg hat in Veranlassung des zu den Pfingsttagen nach Göttingen einberufenen 11. Bundestages des württembergischen Kriegerbundes an den Ehrenpräsidenten dieses Bundes, den Prinzen Hermann zu Sachsen-Weimar-Eisenach ein längeres Handschreiben gerichtet, in welchem folgende Stellen sich finden:

„In dieser rauhen Zeit, da Gefahren von

Deutschens Reiches wie des allgemeinen Friedens unabsehbar erbleiten, ziemt es wohl, sich diese Pflichten, die jedes Mitglied des Bundes durch seine Zugehörigkeit zu demselben übernommen hat und zum Ausdruck bringt, zu vergegenwärtigen und sich bei solchem festlichen Anlasse von Neuem als feste Richtschnur des Lebens und Wirkens ein Jeder in seinem Theile ins Herz zu prägen. Diese Gefühle, die mich bewegen, hätte ich lieber mündlich meinen alten Kriegsgenossen und jungen Kameraden zu erster Ermägung und Beherzigung übermitteln; durch die Verhältnisse daran gebindert, bitte ich Euer Hoheit, sie mit meinem aus tiefstem Herzen kommenden Königlichen Gruße zu deren Kenntniß zu bringen.“

— Ueber Emin Pascha sind jetzt auch Briefe des kaiserlichen Konfuls Anton in Sansibar hier eingegangen, in denen er auf Grund verschiedener ihm zugegangener Meldungen seine Ueberzeugung ausdrückt, daß Dr. Emin nicht mehr lebt. Nur könne Ort und Zeit seines Todes noch nicht mit einiger Bestimmtheit angegeben werden.

— Aus Bern wird unterm 21. ds. gemeldet: Der Chef des landwirthschaftlichen Departements der Schweiz, Bundesrath Dacher, wird ein gemeinsames Vorgehen der Bundes- und Kantonalbehörden veranlassen zur Bekämpfung der Nothlage der Landwirtschaft im kommenden Winter. Insbesondere wird durch gemeinsame Anläufe überseeischer Kraftfuttermittel, namentlich von Preßheu, Preßstroh u. dergleichen getroffen werden.

— Der in Brüssel tagende Grubenarbeiter Kongreß hat sich in der Mittwochsung in einer Resolution für das Prinzip der gesetzlichen Festsetzung des Arbeitstages in den Gruben auf acht Stunden, die Ein- und Ausfahrt eingeschlossen, ausgesprochen, sowie für die Anwendung gesetzlicher Mittel behufs Erlangung des Achtstunden Arbeitstages. Für die Resolution stimmten 994 000, dagegen 10 000 Stimmen. Der Artikel 3 der Resolution, wonach Anfang des nächsten Winters der allgemeine Zustand erklärt werden soll, falls die einzelnen Staaten den Achtstundentag nicht bewilligen, wurde mit 974 000 gegen 12 000 veriretene Stimmen angenommen. Die französischen, belgischen, deutschen und österreichischen Delegirten stimmten mit der Majorität; die englischen Delegirten für die Gebiete Durham und Wales stimmten gegen den Artikel. Der Artikel 4 der Resolution, welcher besagt, daß der Kongreß sich ausschließlich mit internationalen Fragen zu beschäftigen habe, wurde durch Erheben von den Seiten angenommen. Ferner

beschloß der Kongreß einstimmig die Abschaffung der Frauenarbeit in den Bergwerken. — In der Sitzung vom Donnerstag stimmte der Kongreß drei weiteren Punkten der Tagesordnung bei, wonach die Zahl der Inspektoren in den Bergwerken erhöht, zu Inspektoren nur solche Personen ernannt werden sollen, welche selbst in den Bergwerken gearbeitet haben und wonach ferner kein Unterschied zwischen Bergwerksarbeitern, welche über Tage, und solchen, welche unter Tage beschäftigt sind, gemacht werden soll. — Die beiden ausgewiesenen Franzosen Basly und Lamendin haben sich zur Abreise entschlossen. Von mehreren Delegirten begleitet, begaben sie sich zum Bahnhofe und fuhren 7 1/2 Uhr Abends nach Frankreich zurück. Der belgische Deputirte Ferron von der äußersten Linken beabsichtigt, am Freitag den Justizminister wegen dieser Ausweisung in der Kammer zu interpelliren.

— Die italienische Ministerkrisis hat in Spanien sowohl wie in Portugal Nachahmung gefunden. Gefährlich scheint die Sache an beiden Stellen noch nicht zu sein; indessen kann man sich in Madrid nicht minder wie in Lissabon auf allerlei Ueberraschungen gefaßt machen.

— Die italienische Ministerkrisis ist zu Ende. Nur Bonacci, der bisherige Justizminister, hat sein Ministeramt nicht angetreten.

— Die italienische Ministerkrisis ist zu Ende. Nur Bonacci, der bisherige Justizminister, hat sein Ministeramt nicht angetreten. Der neue Ministerpräsident ist interimistisch verwalter Finanzresort erbleit bei derselben Gelegenheit wieder einen definitiven Chef in der Person des Senators Gagliardo. Am Abend des 24. um 8 Uhr hat der König die betreffenden Dekrete unterzeichnet.

— Das neue griechische Ministerium sieht thatsächlich in der Klemme. Bevor der König die Herren Sotiropulo und Kalli mit der definitiven Bildung des Ministeriums betraute, verlangte er von ihnen, daß sie ihr Programm schriftlich niederlegen sollten. Der wichtigste Punkt desselben bezieht sich natürlich auf die finanzielle Lage des Landes.

Das neue Ministerium will die Gesundung der Finanzen bewerkstelligen, ohne Zuflucht zum Staatsbankrotte oder zu einer neuen Vereinbarung mit den Staatsgläubigern zu nehmen. Herr Kalli hat in der Kammer und in der Presse auch die Idee einer Anleihe zurückgewiesen. Allein er wird wohl gezwungen sein, mit Rücksicht auf den nächstjährigen Koupon der Staatsanleihen diesen Theil seines finanziellen Programms wieder aufzuheben, da es unter den jetzigen Verhältnissen unmöglich ist, die nötige Summe von 12 Millionen in Gold auf dem heimischen Markte aufzunehmen, ohne eine vollständige Zerrüttung des Geldmarktes herbeizuführen. Vielleicht rechnet Herr Kalli auf den Patriotismus der griechischen Bankiers und der zahlreichen Millionäre im Lande. Er muß es dann aber besser treffen, als es einem seiner Vorgänger mit dem Bankier Syngros ergangen ist, der den Finanzminister zwar aus seiner augenblicklichen Verlegenheit befreite, sich dafür jedoch recht ansehnliche Wucherzinsen berechnete. Syngros erhielt für 2 1/2 Millionen, die er zur Deckung des vorigjährigen April-Koupons vorstreckte, zunächst 450 000 Drachmen Spesen, Druckausgaben und Stempelvergütung; weiter 6 pCt. Zinsen und 1/2 pCt. Provision für ein halbes Jahr. Als Sicherheit wurden ihm 5 Millionen Nominal-Obligationen der Bahn Piräus-Larissa überlassen mit dem Rechte, sie am Verfalltage in London zu veräußern. Für 700 000 Drachmen, die Syngros außerdem von der unter seiner Leitung stehenden Spiro-Theßalischen Bank vorstreckte, zahlte die Regierung gleichfalls 6 pCt. Zinsen und 1/2 pCt. Provision, hinterlegte aber außerdem den gleichen Betrag in Noten zum Goldkurs von 140, also 980 000 Drachmen Papiergeld bei der Bank, die berechtigt sein sollte, dieses Geld zum landesüblichen Zinsfuß von 7 bis 8 pCt. zu verwerthen. In Wahrheit erhielt